

„Gesundheit ist nicht wie die Wirtschaft“

Ärzttekammer-Vizepräsident Dr. Artur Wechselberger ist davon überzeugt, dass die Marktmechanismen im Gesundheitswesen nur bedingt funktionieren.



Wechselberger: „Schon der Ausdruck Gesundheitswirtschaft ist ein fürchterlicher“

ärztemagazin: Gerade hat der 1. Österreichische Gesundheitswirtschaftskongress getagt (siehe Kasten). Wie schätzen Sie das Verhältnis zwischen niedergelassenen Ärzten und der Gesundheitswirtschaft ein?

Wechselberger: Schon der Ausdruck Gesundheitswirtschaft ist ein fürchterlicher. Da werden Allgemeinbegriffe der Wirtschaft auf das Gesundheitssystem umgelegt, „Kunde“ wird einfach durch „Patient“ ersetzt. Gesundheit ist aber etwas anderes als Wirtschaft. Man muss ganz klar sagen: Gewisse Marktmechanismen funktionieren im Gesundheitssystem nicht.

ärztemagazin: Welche?

Wechselberger: Freier Markt setzt zum Beispiel die Kenntnisse des Marktes voraus. Im Gesundheitswesen aber gibt es eine extreme Informationsasymmetrie zwischen Experten und Patienten. Freier Markt setzt Entscheidungsfreiheit voraus. Nachdem man sich als Patient aber sehr häufig in einer Notlage befindet, hat man diese Entscheidungsfreiheit nicht. Wenn jemand versucht, seine Leistung am freien Markt

anzubieten, dann ist das in Ordnung. Nur sollte man tunlichst darauf schauen, dass dadurch das soziale Gesundheitssystem nicht zerstört wird.

Gerade bei den Gesundheitsdiensteanbietern aus der Wirtschaft und ihren Repräsentanten in der Wirtschaftskammer hat man das Gefühl, dass es ihnen vor allem darum geht, für sie günstige Marktverhältnisse

zu schaffen, auch wenn diese zu Lasten des öffentlichen Gesundheitswesens gehen.

ärztemagazin: Die Ökonomisierung der Gesundheit wird von der Ärztekammer ebenso verteufelt wie ihr Gegenteil, die „Staatsmedizin“. Wo in diesem Spannungsfeld stehen denn nun die Ärzte?

Wechselberger: Auf der Seite der Freiheit: Die Freiheit für den Patienten, seinen Behandler selbst zu wählen, auf den Schutz seiner Daten bauen zu können, möglichst alle zur Zeit verfügbaren modernen medizinischen Methoden in Anspruch nehmen zu können. Und die Freiheit der Ärzte zur Ausübung des freien Arztberufes in Arztpraxen und nicht in staatlichen Polykliniken.

ärztemagazin: Auch die Gesundheitswirtschaft fordert, dass sich der Staat auf die Vorgabe eines ordnungspolitischen Rahmens beschränken soll ...

Wechselberger: Das unterschreibe ich. Die Entscheidung, welche Behandlung und welche Diagnosemaßnahmen für den einzelnen Patienten zu treffen sind, muss beim Arzt bleiben. Es kann nicht sein, dass der Staat im Sinne von Richtlinien in die Behandlung eingreift.

ärztemagazin: Aber die Forderung nach Leitlinien und Behandlungspfaden kommt ja oft gerade aus dem Bereich der Gesundheitswirtschaft. Wie passt das zusammen?

Wechselberger: Das ist die Denke, die dort vorherrscht. Wer Nägel erzeugt oder ähnliche Produktionsprozesse gewohnt ist, hat kein Problem mit Leitlinien. Biologische Systeme wie der Mensch aber stellen sich immer anders dar, die Psyche des Menschen erfordert je nach Konstitution verschiedene Behandlungsregimes. Wer nur Experte im Wirtschaften ist, dem fehlt diese Sensibilität.

Wenn Unternehmen, die Gesundheitsleistungen anbieten, den Ärzten gewisse Behandlungsmöglichkeiten durch hausinterne Richtlinien vorenthalten, dann haben wir eben kein staatliches, sondern ein betriebliches Diktat. ■

Mag. Michael Kraßnitzer

Thesen zur Gesundheitswirtschaft

„Unwirtschaftlichkeit ist unethisch“, meint der Gesundheitsunternehmer Prof. Heinz Lohmann, Präsident des 1. Österreichischen Gesundheitswirtschaftskongresses. Am Ende der Veranstaltung, die vorige Woche in Wien über die Bühne ging, wurden „Thesen der Gesundheitswirtschaft für eine patientenorientierte Gesundheitspolitik“ präsentiert. Einige Auszüge:

- Die **Qualität der Medizin** steht im Zentrum. Gesundheitsanbieter müssen sich deshalb auf die Modernisierung ihrer Strukturen und Prozesse konzentrieren. Die Patienten und ihre Bedürfnisse sind der zentrale Maßstab.
- **Motivierte und informierte Mitarbeiter** sind die Voraussetzung, um diese Ziele zu erreichen. Kluge Unternehmensführer entwickeln deshalb Maßnahmen zur Förderung ihrer Leistungsträger. Abstimmung und gemeinsames Handeln sind die Voraussetzungen für eine erfolgreiche Entwicklung.
- **Abbau einer bürokratischen Überregulierung.** Der Staat konzentriert sich auf die Gestaltung des ordnungspolitischen Rahmens und des Patientenschutzes.